

<p style="text-align: center;">Landesversammlung der Jungen Union Bayern vom 03.-05. November in Erlangen / Herzogenaurach</p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Nichtbefassung <input type="checkbox"/> Überweisung an</p>
<p>ANTRAG NR. A16</p> <p>Studiengebühren für ausländische Studenten die nicht aus EU-Staaten stammen</p>	<hr/> <p><input type="checkbox"/> Änderung:</p>
<p>ANTRAGSTELLER:</p> <p>Johannes Oberndorfer, Timo Greger, Alexander Eiber, Moritz Möller</p>	<hr/>

- 1 Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag wird dazu aufgefordert Studiengebühren
- 2 für jene ausländischen Studenten einzuführen, die nicht aus EU-Staaten stammen
- 3 und keiner Partneruniversität einer bayerischen Universität zugehörig sind. Die
- 4 Auslandsstudiengebühren sollen sämtliche Kosten abdecken, die dem bayerischen
- 5 Steuerzahler durch die Nutznießer dieser Leistungen entstehen.

Begründung:

Über 300.000 ausländische Studenten studierten 2015/16 in Deutschland. Viele dieser Studenten kamen im Rahmen eines Austauschstudienprogramms an eine deutsche Universität, während zeitgleich ein deutscher Student ihre Heimatuniversität besuchte. Außerdem können Studenten aus EU-Ländern im Rahmen des ERASMUS-Programms an deutschen Hochschulen studieren.

Neben diesen Studenten studieren jedoch auch zehntausende ausländische Studenten kostenlos in Deutschland, die nicht aus der EU stammen und auch an keiner ausländischen Partneruniversität immatrikuliert sind. Die Top-Herkunftsländer sind die Türkei, China und Russland. In diesen Ländern werden

deutschen Studenten oftmals Tausende Euros pro Studienjahr in Rechnung gestellt. Gleichzeitig verursachen diese ausländischen Studenten in Deutschland hohe Kosten. Knapp 10.000€ zahlt der bayerische Steuerzahler jährlich für einen ausländischen Studenten der Naturwissenschaften, für einen Studenten der Humanmedizin sind es gar über 30.000€.

77% der befragten ausländischen Masterstudenten gaben 2013 in einer Umfrage des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) an, langfristig nicht in Deutschland bleiben zu wollen. Damit finanziert der Freistaat mit bayerischem Steuergeld die Ausbildung zukünftiger ausländischer Konkurrenten, die, qualifiziert durch beste bayerische Bildung, in den weltweiten ökonomischen Wettstreit mit Bayern und Deutschland treten werden.

Durch die Einführung von Auslandsstudiengebühren kann dieses Ungleichgewicht geebnet werden. Die dadurch eingenommenen Mittel können die Lehre und Forschung an Bayerns Universitäten noch besser machen und somit bayerischen und ausländischen Studenten gleichermaßen zugutekommen.

Die JU Bayern betrachtet das ERASMUS-Programm als große Erfolgsgeschichte, genauso wie sie den Austausch von Studenten zwischen Partneruniversitäten weltweit begrüßt. Der Ausnutzung des bayerischen Steuerzahlers durch Studenten aus dem Auslands soll jedoch ein Riegel vorgeschoben werden.